

Die Unternehmenssteuerreform schadet der Bildung

LCH. Eine Annahme der Unternehmenssteuerreform (USR III) am 12. Februar wäre die grösste Steuerentlastung für Firmen aller Zeiten. Leidtragende wäre die Bildung. Ein «Ja» zur USR III würde der Bildung im Kanton Aargau einen weiteren harten Schlag versetzen.

Mindestens eine Milliarde Franken wurde von den Kantonen der Deutschschweiz im Bildungsbereich seit 2013 gespart. Dies hat die Umfrage zu den Abbaumassnahmen, die der LCH 2015 durchgeführt hat, ergeben. Der Abbau betrifft die Anstellungs- und die Unterrichtsbedingungen. Es wurde auf allen Stufen gekürzt. Im Kanton Aargau sind unter anderem der Halbklassen-, der DaZ-Unterricht und die Wahlfächer reduziert worden. Dies bedeutet weniger Bildungszeit für die Schülerinnen und Schüler und eine deutlich höhere Belastung für die Lehrpersonen. Beim Lohn gab es verschiedene Nullrunden, die das austarierte Lohnsystem völlig verzerrt haben. Unerfreulich sind auch verdeckte Lohnreduktionen wie die Erhöhung der Vollpensen an der Bezirksschule und der Sekundarstufe II. Eine Annahme der USR III würde der Bildung im Kanton Aargau einen weiteren harten Schlag versetzen.

Keine Steuergeschenke!

Die USR III wäre die grösste Steuerentlastung für Firmen aller Zeiten. Bereits heute werden Steuerausfälle von jährlich über 3 Milliarden Franken vorausgesagt. Wie die USR II wird auch diese Reform in Wirklichkeit noch viel teurer werden. Dabei war die ursprüngliche Idee vernünftig: Sonderregeln für die Hauptsitze von multinationalen Konzernen sollten abgeschafft werden, damit in der Schweiz alle Firmen gleich besteuert werden, egal ob Rohstoffhändler oder KMU. Doch das eidgenössische Parlament erfüllte

Wirtschaftsverbänden, Steuerberatungsfirmen und Grossunternehmen fast jeden Wunsch. Die kantonalen Gewinnsteuern sollen von 20,5 Prozent auf 15,5 Prozent sinken. Hinzu kämen zahlreiche neue Steuerschlupflöcher, die so undurchsichtig sind, wie sie heissen: «Patentbox», «Zinsbereinigte Gewinnsteuer», «Step-up» oder «F&E-Abzug». Dank dieser Instrumente würden vor allem Konzerne, die sich teure Steuerberater leisten können, deutlich weniger Steuern zahlen.

Aktionäre profitieren

Hauptprofiteure der USR III wären die Aktionäre grosser Unternehmen, denn der Grossteil der Gewinne fällt bei Konzernen, Grossbanken und Versicherungen an. Die meisten KMU hingegen zahlen heute schon wenig Gewinnsteuern, weil sie bescheidene Gewinne machen. Für sie wird die Rechnung sogar negativ ausfallen, wenn Kantone und Gemeinden bei

der Ausbildung von Arbeitskräften sparen, weil ihnen die Einnahmen wegbrechen oder wenn öffentliche Aufträge wegen der Verknappung der Mittel ausbleiben. Der Grossteil der Steuergeschenke wird ins Ausland fließen, wo rund 80 Prozent der Aktionäre der grossen Schweizer Firmen wohnen.

Bildungsqualität und Sicherheit in Gefahr

Die Steuergeschenke an die Grosskonzerne würden mindestens 550 Franken pro Einwohner und Jahr betragen. Uns alle kämen die Steuergeschenke teuer zu stehen, entweder in Form von höheren Steuern oder von schlechteren Leistungen der öffentlichen Hand. Neben dem Bund wären vor allem Städte und Gemeinden betroffen, denn die Steuerausfälle der Kantone will der Bund ausgleichen. Viele Städte und Gemeinden haben mögliche Konsequenzen schon aufgezeigt: Weniger Polizisten, höhere Parkplatzgebühren, teurere Kinderkrippen. Spitäler müssten sparen, Vereine für die Benutzung von Turnhallen neu oder mehr zahlen. Der Musikunterricht würde teurer, Leistungen für Orchester und Theater gekürzt.

Schädlich für die Volkswirtschaft

SVP-Finanzminister Ueli Maurer behauptet, allgemeine Steuersenkungen seien nötig, damit Firmen nach dem Wegfall bestehender Steuerprivilegien in der Schweiz blieben. Doch die Schweiz hat auch ohne diese Privilegien sehr tiefe Steuern. Wenn überhaupt, so droht eine Abwanderung nur in einzelnen Kantonen mit vielen privilegierten Firmen und hohem Steueraufkommen. Doch die USR III will Steuersenkungen in allen Kantonen nach dem Giesskannenprinzip umsetzen. Dabei ist die Steuerbelas-





Leserbrief

tung ohnehin nicht der wichtigste Standortfaktor. Wichtiger sind gemäss Studien gut ausgebildete Fachkräfte, eine funktionierende Infrastruktur, qualitativ hochstehende Forschungstätigkeit, gut funktionierende Verwaltung und Rechtssicherheit. Hier ist die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz einzigartig, sie bildet die Grundlage für unseren hohen Wohlstand. Die masslose USR III gefährdet dieses Erfolgsmodell, weil sie nur auf tiefe Steuern setzt.

In die Bildung investieren

Die Schweiz verfügt über wenig Rohstoffe: Wasser, Salz und Bildung. Die Bildung entscheidet über den Wirtschaftserfolg und den Wohlstand des Landes. Die Schweiz steht im weltweiten Wettbewerb. Über den Preis der Produkte und Dienstleistungen kann sie keine Konkurrenten hinter sich lassen. Sie kann es nur, indem sie innovativer ist als andere und die Menschen besser ausbildet. In unserem Land gibt es viele hochspezialisierte Arbeitsplätze in der Chemie, der Industrie und in den KMU. Sie tragen viel zum wirtschaftlichen Erfolg bei. Schon heute gibt es in der Schweiz jedoch einen Fachkräftemangel. Wenn Unternehmen sich weiter in der Schweiz ansiedeln sollen, dann müssen sie vor allem eines finden: genügend gut ausgebildete Fachkräfte. Die Schweiz zeichnet sich durch eine ausgezeichnete Volksschule und ein erfolgreiches duales Bildungssystem aus. Zudem haben wir weltweit die grösste Dichte an hervorragenden Hochschulen. Diesen Vorteil zu verspielen, kommt einer mutwilligen Zerstörung der Zukunft der Schweiz gleich. Gerade jetzt müsste noch mehr in die Bildung investiert werden, anstatt bei den Schulen zu sparen. Schon John F. Kennedy hat es treffend auf den Punkt gebracht: «Es gibt nur eines, das teurer ist als Bildung – keine Bildung!»

Franziska Peterhans, Generalsekretärin LCH, Ergänzungen: Manfred Dubach, Geschäftsführer alv



Mit dem Lehrplan 21 wird nicht alles neu. Im Bild: Deutschunterricht. Foto: Iwan Raschle.

Initiative gegen Lehrplan 21. Im Vorfeld der Abstimmung vom 12. Februar zum Lehrplan 21 werden von den Initianten irriige Behauptungen geäussert. Colette Basler, Reallehrerin, Bäuerin und SP-Grossrätin, wehrt sich in einem Leserbrief dagegen.

Nein,

... mit dem Lehrplan 21 werden keine Fächer abgeschafft!

... Sammelfächer sind nicht neu. Wir unterrichten in der Realschule seit Jahr und Tag das Fach Realien (Sammelfach für Bio, Geografie, Geschichte, Chemie, Physik)! Sammelfächer gibt es in anderen Kantonen schon lange.

... der christliche Religionsunterricht wird nicht abgeschafft!

... der Lehrplan 21 regelt die Fremdsprachenfrage nicht! Die Frage der ersten Fremdsprache hat mit dem Lehrplan nichts zu tun.

... auch heute gibt es in fast keinem Lehrplan Jahrgangsziele! In Schulen mit mehr als einer Klasse pro Schulzimmer ist dies gar nicht möglich. Sonst würden die Schülerinnen und Schüler zum Beispiel drei Mal die Römer behandeln!

... mit dem neuen Lehrplan wird nicht alles neu! Mindestens 80 Prozent des Inhaltes bleiben gleich!

... nur weil man mit Kompetenzen arbeitet, heisst das nicht, dass die Schülerinnen und Schüler nichts mehr wissen. Kompetent sein, heisst sehr wohl wissen! ... guter Unterricht wird nicht neu definiert!

... der neue Lehrplan ist nicht umfassender! Bereits der heutige umfasst drei Ordner!

... nicht alle Lehrpersonen und auch nicht die Mehrheit der Lehrpersonen will keinen Lehrplan 21! Die Umfrage dazu war anonym, nicht neutral und suggestiv und viele wussten gar nicht, worum es ging oder nahmen nicht teil!

... die Bildungshoheit der Kantone wird nicht ausgehebelt! Eine Mehrheit der Bevölkerung will endlich eine Harmonisierung und kein Aargauer Sonderzügli.

... der Kanton Aargau will keine über-tauerte Sonderversion eines separaten Lehrplanes! Der Kanton Aargau muss sparen!

NEIN, NEIN und NEIN zu dieser irreführenden Initiative!

Colette Basler